

Alle Rechte beim Urheber.  
Abdruck nur gegen Belegexemplar.

### **Isolationistische Abzocke**

Hochschulpolitisch besteht die vielfach beschworene Komplementarität in Baden-Württemberg darin, dass schwarze Provinzler ihre Heimat gegen internationale Einflüsse abschotten und grüne Parvenüs Zuspätgeborenen den analogen Aufstieg versperren. Wenn es ums Geld geht, bekennt Grün-Schwarz mit dem Landeshochschulgebührengesetz Farbe: auch die Bildung kann und muss kommodifiziert, zur Ware werden.

Ab dem Wintersemester 2017/18 werden im Ländle internationale Studierende, die keinen Pass eines europäischen Mitgliedstaates besitzen, pro Semester 1500 Euro an das Land abführen müssen; 300 Euro davon verbleiben an der Hochschule. Somit dienen 80 Prozent der Studiengebühren dem Stopfen von Haushaltslöchern. Dass der Wissenschaft dadurch laut Landesregierung strukturelle Einsparungen erspart bleiben sollen, verdeutlicht nur die Substanzen grün-schwarzer Strukturen: knöchern und konservativ bis ins Mark.

Denn in der Tat: Wenn man aus einer Verdreifachung ausländischer Studierenden an baden-württembergischen Hochschulen in den letzten 20 Jahren bis 2020 rund 22000 Studierende mit extraterritorialem Geburtsort extrapoliert, wie das die grüne Wissenschaftsministerin tut, dann kann ihr Ressort perspektivisch mit 45 Millionen Euro Einnahmen aus Studiengebühren rechnen, was - oh Wunder - fast genau dem Betrag entspricht, den sie wegen der Schuldenbremse glaubt einsparen zu müssen.

Rechtfertigt wird der Weg in den Isolationismus mit arbiträren Gebühren jenseits der heimatlichen Grenzpfähle. Österreich, Polen oder Schweden verlangen nach variierenden Kriterien von Studierenden jährlich bis zu 2000 Euro. Dahinter darf Baden-Württemberg nicht zurückstehen: mit 3000 Euro jährlich gibt man schon einmal die Richtung vor. Kein Wort davon, dass Norwegen, Finnland, Griechenland oder Tschechien überhaupt keine Studiengebühren von irgendjemandem kassieren.

Mit der Schuldenbremse soll nicht nur die Internationalisierung der Wissenschaft ausgebremst werden; Grüne und CDU eröffnen sich die Zugängen in die Taschen aller Studierenden gleich mit. Denn jeder Studierende, egal welcher

Alle Rechte beim Urheber.  
Abdruck nur gegen Belegexemplar.

Nationalität, soll künftig 650 Euro im Semester für ein Zweitstudium berappen. Offenheit gegenüber oder gar Förderung von neuen Bildungsbiographien sieht anders aus. Angesichts der Anpassungsleistungen, die Menschen in Arbeit und Gesellschaft heute erbringen müssen, sind die Gebühren über die Abzocke hinaus bloßer Hohn.

Das Gesicht baden-württembergischer Hochschulen ist ab Oktober janusköpfig: im Hörsaal sitzen dann Studierende zweier Klassen, Gebührenbefreite und Gebührenbelastete. Daran verrät sich die wahrhafte Fratze des verabschiedeten Gesetzes. Der Keil, den die grün-schwarze Regierung zwischen die Studierenden treibt, setzt an am Grundwert universaler Bildung und meint nichts Geringeres als ihre schrittweise Verbannung aus den akademischen Hallen.

Bildung, humanistisch gefasste Bildung heißt die Fesseln abstreifen, die an die Vernunft in Form von Normen und Autoritäten gelegt werden; Bildung heißt freie Geister erwecken, die eine freie Gesellschaft errichten und erhalten. Bildung ist eben keine unter verwertungsökonomischen Gesichtspunkten betrachtete Ausbildung. Ausbildung kann erzieherisch sein, die Erziehung aus Bildung rührt her von der Freiheit, von der Überzeugung, dass die unvermittelte Erkundung ihrer Umwelt den Menschen zu einem erfüllten, moralisch hochstehenden Leben verhilft.

Die Freiheit der Wissenschaft dient der Bildung; sie ist eine Freiheit, die keine nationalen Schranken kennt, und erst recht keine sozialen Schranken. Alle Beschränkungen, ganz besonders finanzielle Beschränkungen, wirken selektiv und segregierend. Studiengebühren halten Menschen aus unteren sozialen Schichten, die eben nicht frei über Ihre Finanzen verfügen können, nun einmal von der Aufnahme eines Studiums ab, egal ob Deutsche, Franzosen, Amerikaner oder Chinesen.

Die soziale Dimension der Hochschulpolitik wird von der Wissenschaftsministerin nicht ausgeblendet, sie kommt darin überhaupt nicht vor. Weitere generische Kategorien sind daher schon jetzt absehbar, die es gestatten, unter dem Etikett des Verbotes allgemeiner Studiengebühren weitere Studierwillige kräftig zu melken. Zum Beispiel die Kategorie der stinkfaulen

inspective.

Dr. Marc Dressler  
Kto: 856 964 756  
BLZ 660 100 75

Alle Rechte beim Urheber.  
Abdruck nur gegen Belegexemplar.

Langzeitstudierenden. Das begreift auch, wer nicht studiert  
hat.